

# Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2007 der Landeshauptstadt Schwerin

Andreas Ruhl

(Stand 09.03.2007)



## HSK 2007 – Ausgangspunkt

- Der Haushalt 2007 sieht ein Defizit von ca. 61,8 Mio. € vor, jahresbezogen: ca. 20,4 Mio. € (lt. Beschluss StV Dez. 2006).
- Gemäß § 43 der Kommunalverfassung haben Gemeinden jedoch die Pflicht, den Haushalt auszugleichen.
- Widrigenfalls ist ein HSK vorzulegen, das maßnahmekonkrete Wege zum kurzfristigen Ausgleich darstellt.
- Die Kommunalaufsicht verlangt drastische Konsolidierung in allen Bereichen (insbesondere im „freiwilligen Bereich“).
- Um Prüfungen des Landesrechnungshofes einfließen zu lassen, wurde Frist gewährt, das im Dezember unter Vorbehalt beschlossene HSK zu qualifizieren.



## Herangehensweise:

- Erstellung in Projektform (verantwortlich: Lenkungsgruppe),
- Aufforderung an die Budgetverantwortlichen, im Rahmen einer 5-%igen Kürzungsvorgabe Vorschläge zu unterbreiten,
- Einzelfallprüfungen, Budgetgespräche, Haushaltsklausuren, Gespräche mit der Kommunalaufsicht und dem Landesrechnungshof, Städtevergleiche, etc.

## Kriterien:

- Fallzahlenentwicklung,
- Demografische Entwicklung,
- Rechnungsergebnisse Vorjahre,
- Erlasse, Hinweise und Forderungen der Kommunalaufsicht MV (19.09., 20.11., 06.02.) und des Landesrechnungshofes.



## Bestimmung der vorrangigen Handlungsfelder:

- Inhaltliche Schwerpunktsetzung durch Verwaltungsleitung,
- Forderungen des IM MV / LRH,
- Ausschöpfung von Einnahmepotenzialen (Grundsteuer A und B, Entgelte etc.),
- Zuschussvolumina der in Frage kommenden Budgets gemäß Beschluss über den Haushalt 2007 (in €).

Soziales	30.700.000
Jugend	20.780.000
Städtische Unternehmen	18.355.000
Schule	10.477.000
Allgemeine Verwaltung	6.997.000
Personal	37.129.000



## Ziele:

- Abbau des strukturellen Defizits,
- Abbau der Altfehlbeträge,
- Konsolidierung des Vermögenshaushaltes, insbesondere Erwirtschaftung von Überschüssen für den Vermögenshaushalt,
- Gewährleistungen der Budgetverantwortung (aber: Prüfung der Plausibilität der Budgetvolumina nötig; Transparenz für Stadtvertreter, solange es noch keine Zielvereinbarungen gibt.)

## Inhalte:

- ca. 200 Einzelmaßnahmen, 60 Prüfaufträge, jeweils für Budgets,
- Klarstellung: „Wie ist das Konzept zu lesen“,
- Umsetzung der Vorgaben des Innenministeriums,
- nur teilweise verarbeitet, da noch kein Bericht vorliegt: Prüfung des Landesrechnungshofes (i.d.R. als Prüfaufträge).



# HSK 2007 – Vorläufiges Ergebnis - strukturell

	2007 (in €)	2008 (in €)	2009 (in €)	2010 (in €)
jahresbezogener Fehlbedarf lt. MifriFi (bereinigt)	18.730.000	29.980.000	21.460.000	25.553.000
Summe aller Maßnahmen lt. HSK	9.600.000	9.300.000	10.380.000	24.888.000
<b>verbleibender Fehlbedarf nach Haushaltskonsolidierung</b>	<b>9.130.000</b>	<b>20.680.000</b>	<b>11.080.000</b>	<b>665.000</b>

➔ Abbau des strukturellen Defizits \* bis 2010 realisierbar.

## Voraussetzungen:

- Beschluss der Stadtvertretung, welcher zumindest entsprechende Volumina bestätigt,
- Konkretisierung von Prüfaufträgen und Ergebnissen des LRH MV, um verbleibenden Fehlbedarf in 2010 abzubauen,
- keine groben Abweichungen gegenüber der Finanzplanung.

\* laufender jährlicher Ausgabenüberschuss bei Ausschöpfung aller realistischen Optimierungspotenziale



# HSK 2007 – Vorläufiges Ergebnis - Gesamtfehlbedarf

## Gesamtfehlbedarfe bei Umsetzung aller Maßnahmen:

	2007 (in €)	2008 (in €)	2009 (in €)	2010 (in €)
strukturelles Defizit (bereinigter Fehlbedarf)	9.130.000	20.680.000	11.080.000	665.000
<b>verbleibender Fehlbedarf nach Haushaltskonsolidierung (gesamt)</b>	<b>49.461.000</b>	<b>40.455.000</b>	<b>60.544.000</b>	<b>41.120.000</b>

- Damit werden die Gesamtfehlbedarfe gegenüber dem HSK 2006 drastisch reduziert (insbesondere durch Auflösung von Rücklagen; Problem: damit kommen Verkaufserlöse nicht mehr der „laufenden Verwaltung“ zugute).
- Aber: Ohne erheblichen Vermögensverkauf und / oder einen Ausgleich für oberzentrale Funktionen lassen sich Altfehlbeträge nicht kurzfristig abbauen.
- Lösungsansatz: Aufnahme einer pauschalen Einsparvorgabe von zwei Mio. € p.a. ab 2011.
- Ziel: Abbau der Gesamt-Fehlbeiträge bis ca. 2030.



# HSK 2007 – Gewährleistung kommunaler Daseinsvorsorge

Strategische Entscheidungen im HSK zum Erhalt von Einrichtungen (Auswahl):

- Staatstheater,
- Schleswig-Holstein-Haus, Volkskundemuseum, Speicher, Sternwarte,
- Zoo,
- Sport- und Kongresshalle,
- Jugendeinrichtungen etc.

Weitere Handlungsoptionen wurden bewusst nicht aufgenommen (Auswahl):

- Ausschreibung von Leistungen des Nahverkehrs,
- weitergehende Kürzungen für soziale Vereine und Verbände,
- weitergehende Kürzungen für Sportförderung (Personalkostenzuschuss für Vereinssportlehrer etc.),
- Kürzungen für Kosten der Unterkunft, Hilfe zur Pflege (Forderung des LRH, ist zu konkretisieren).



# HSK 2007 – Fazit (1)

- Ein Abbau des strukturellen Defizits ist realisierbar.
- Wichtige Hausaufgaben sind gemacht. Insbesondere auch in Bezug auf Personal und allgemeine Verwaltungsausstattung.
- Sollte weiteres Vermögen verkauft werden, wäre gewährleistet, dass Erlöse nicht innerhalb von wenigen Jahren aufgezehrt werden.
- Dabei garantiert das HSK wichtige Mindeststandards kommunaler Daseinsvorsorge. Weitere Reduzierungen / Streichungen würden schwere Schäden für das Schweriner Gemeinwesen nach sich ziehen.
- Altfehlbeträge lassen sich offenbar auf konventionellem Weg nicht vor 2030 abbauen.
- M.a.W.: Ohne Vermögensverkauf und einen Ausgleich für oberzentrale Funktionen ist die Forderung eines kurzfristigen Ausgleichs und damit die Konsolidierung des Vermögenshaushaltes illusorisch.



## HSK 2007 – Fazit (2)

D.h.: Das HSK entspricht formal den Vorgaben der Kommunalverfassung, aber: es verstößt gegen die Auflagen des IM MV (Altfehlbeträge).

- Ohne entsprechende Weichenstellungen ist zu konstatieren: Schwerin ist in Bezug auf oberzentrale Funktionen unterfinanziert. Hier bedarf es weitergehender strategischer Entscheidungen des Landes.
- Aufrechterhaltung von Einrichtungen wie Theater, Volkskundemuseum etc. nur möglich bei Finanzierungsübernahme durch den künftigen Landkreis oder durch die Festlegung anderer Verteilungsschlüssel durch das Land.

Zur Konsolidierung bestehen jedoch keine Alternativen:

- Erwirtschaftung von Beiträgen für den Vermögenshaushalt nötig,
- momentaner Zustand ist rechtswidrig,
- Verantwortung für folgende Generationen und Vertretungen.

**Und: Weitergehende Forderungen der Kommunalaufsicht** 



# HSK 2007 – Neue Forderung der Kommunalaufsicht

Aus Sicht der Kommunalaufsicht reicht selbst dieses HSK nicht aus („beabsichtigte Entscheidung zum Haushalt 2007“ vom 07.03.2007).

Gefordert wird ein Nachtragshaushalt bis Ende September 2007.

## Vorgaben:

- Reduzierung des Fehlbedarfs im Verwaltungshaushalt um **15 Millionen €** für 2007,
- Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre (§ 27 GemHVO) unmittelbar nach Veröffentlichung der Haushaltssatzung,
- drastische Kürzung der Kassenkreditlinie (von 110 Mio. auf 85 Mio. €), Bericht über monatliche Inanspruchnahme,
- allgemeine Wiederbesetzungssperre,
- Erstellung eines Konsolidierungskonzeptes für die Eigenbetriebe (inkl. Kürzung der Kassenkreditlinie SDS, Wiederbesetzungssperre ZGM).



# HSK 2007 – Verfahren

- Redaktionsschluss: 06.03.2007
- Mit Beschluss dieses Konzeptes sind die Voraussetzungen für die Aufhebung der 5-%igen Sperre gegeben.
- Realisierung sonstiger Prüfaufträge unterjährig (insbesondere in Verbindung mit Feststellungen des LRH)
- Einbringung in die Gremien, HA: 06.03.2007
- Ziel: Beschluss Stadtvertretung am 07.05.2007

